

„Dobrindt ist nicht mein Nachfolger“

Im Gespräch mit der Heimatzeitung fordert Peter Ramsauer vom Bundesverkehrsminister: Kirchholtunnel und Autobahnausbau müssen kommen

Bad Reichenhall. Anne Will, Markus Lanz, Sandra Maischberger, Deutschlandfunk und viele Tageszeitungen: Dr. Peter Ramsauer ist derzeit wieder ein gefragter Interviewpartner. Ob TTIP, Flüchtlingspolitik oder die starke AfD – was der ehemalige Bundesverkehrsminister zu sagen hat, interessiert. Auch, weil er bei seinen häufig pointierten Aussagen selten ein Blatt vor den Mund nimmt.

Für ein ausführliches Gespräch mit der Heimatzeitung – unter anderem über lokale Themen – nahm sich der heimische CSU-Spitzenpolitiker und Vorsitzende des Wirtschafts- und Energieausschusses im Bundestag zwei Stunden Zeit. In launiger Atmosphäre berichtete er in einem Café in Bad Reichenhall vom aktuellen Geschehen in Berlin und bezog zu regionalen Verkehrsprojekten klar Stellung.

Herr Ramsauer, beim Festakt zum 60-jährigen Bestehen des Ramsauer CSU-Ortsverbandes haben Sie Mitte April gesagt, die Talkshow-Moderatoren im deutschen Fernsehen seien alle recht nett. Nur zu Frank Plasberg würden Sie nicht mehr gehen, weil Sie mit ihm „zerstritten“ seien. Was ist da genau vorgefallen?

Peter Ramsauer: Vor einigen Jahren, noch zu meiner Zeit als Bundesverkehrsminister, habe ich mich in zwei „hart aber fair“-Sendungen ungerecht behandelt gefühlt. Da gab es danach beide Male Streitereien. Wenn heute allerdings noch mal eine Einladung von Plasberg kommt, nehme ich die gerne wahr: Nachdem ich das in Ramsau gesagt habe und die Zeitung darüber berichtet hat, hat mich die Redaktion von Frank Plasberg nämlich gleich angerufen; das hat mich schon überrascht, dass die in Köln registrieren, was im Reichenhaller Tagblatt steht. Das zeigt mir: Man steht unter schärfster Beobachtung (*schmunzelnd*).

Ihre Talkshow-Auftritte haben wieder deutlich zugenommen. Ist es im Vergleich zu Ihrer Ministerzeit sogar ein Vorteil, dass Sie klarer Stellung beziehen können, weniger Rücksicht auf die Befindlichkeiten anderer nehmen müssen?

Ramsauer: Auf jeden Fall. Wahrscheinlich gäbe es auch heute diesen Streit mit Plasberg nach den Sendungen nicht mehr, weil ich keiner Kabinettsdisziplin mehr unterliege, sondern als Vorsitzender des Wirtschafts- und Energieausschusses nur noch für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft, für Arbeitsplätze und für meinen Wahlkreis Verantwortung trage. Da lebt es sich sehr entspannt.

„Umstände und Stil waren nicht in Ordnung“

Und trotzdem, vielleicht mit dem Abstand von heute: Sie haben bei der Bundestagswahl 2013 mit über 62 Prozent der Erststimmen das deutschlandweit drittbeste Ergebnis eingefahren. Hat es damals geschmerzt, nicht mehr ins Kabinett berufen zu werden?

Ramsauer: Die Umstände und der Stil waren nicht in Ordnung. Aber insgesamt bin ich heute froh, dass es so gelaufen ist. Über vier Jahre lang dieses große Ministerium zu führen, war eine Riesenaufgabe. Was mich schmerzt hat ist, dass das Ministerium nach meinem Abgang zerschlagen wurde. Das halte ich nach wie vor für eine krasse Fehlentscheidung der Parteivorsitzenden bei den Koalitionsverhandlungen. So gesehen ist Alexander Dobrindt auch nicht mein Nachfolger, weil das Ministerium jetzt ein ganz anderes ist.

Bleiben wir bei Verkehrsthemen, bei den lokalen. Der Entwurf für den neuen Bundesverkehrswegplan ist raus und hat im Landkreis wieder für Diskussionen gesorgt. In Bad Reichenhall und Bayerisch Gmain erhitzt vor allem der Kirchholtunnel die Gemüter. Warum sind Sie trotz der Vielzahl an kritischen Stimmen davon überzeugt, dass der Tunnel die richtige Lösung ist?

Ramsauer: Es sind immer noch mehr zustimmende als kritische Stimmen. Für mich ist die Beschlusslage der Stadt und des Stadtrates als zuständiges Gremium von Belang. **Eine andere demokratische Grundlage gibt es sonst nicht.** Dem Stadtratsbeschluss stimme ich inhaltlich auch voll zu. Ich vergewissere mich bei solchen Fragen immer wieder des Rückhalts, auch bei den eigenen Leuten wie Landrat Georg Grabner, **der Kollegin Michaela Kaniber** oder Oberbürgermeister Herbert Lackner. **Wir** sind davon überzeugt, dass der Tunnel die einzige grundlegende, historische Lösung des Verkehrsproblems im Reichenhaller Talkessel ist.

Was sagen Sie zu den Alternativen, die Tunnel-Gegner ins Feld führen?

Ramsauer: Alle denkbaren Ersatzlösungen sind schlechter oder ganz abzulehnen, also zum Beispiel die Ertüchtigung der jetzigen Umgehungsstraße; die wäre fast genauso teuer. Was aus meiner Sicht gänzlich abzulehnen wäre: Ein großer Ausbau der Kreisstraße im Leopoldstal. Es ist außerdem ein völliger Irrglaube, dass Geldmittel, die für den Tunnel vorgesehen sind, auf andere Projekte umgewidmet werden können. Das heißt, für eine Aufgabe der Einstufung des Tunnels in den vordringlichen Bedarf würden wir keinerlei Gegenleistung erhalten.

Ein weiteres Thema in der Region ist der Autobahnausbau der A 8, der von Rosenheim bis Siegsdorf zum vordringlichen Bedarf gehört, von Siegsdorf bis zur Staatsgrenze steht der Ausbau nur im weiteren Bedarf. Wie glücklich sind Sie damit?

Ramsauer: Eine solche Differenzierung in verschiedene Abschnitte ist völliger Unfug. Wenn man den westlichen Abschnitt zur Engpassbeseitigung in den vordringlichen Bedarf gibt und den östlichen nicht, schafft man nur eine neue Engpasssituation. Die gesamten 65 Kilometer müssen in einem Stück betrachtet und insgesamt in den vordringlichen Bedarf eingestuft werden. Das erwarte ich auch vom Bundesverkehrsminister.

„Thema Fluglärm wurde schubladiert“

Wie wichtig wäre ein Ausbau der Bahnstrecke Freilassing-Mühl-dorf-München für die Region? Wie optimistisch sind Sie, dass der kommt?

Ramsauer: Ich bin mir absolut sicher, dass das Fernziel eines durchgehenden zweigleisigen und elektrifizierten Ausbaus erreicht wird. Das ist auch das erklärte Ziel von der Bahn und vom Bundesverkehrsministerium. Ein wesentlicher Grund ist, dass diese Strecke ein Bestandteil der europäischen Magistrale Paris-Bratislava ist. Außerdem ist sie als Alternative zum südlichen Strang über Rosenheim, der ein Zulauf zum Brenntunnel wird, nötig.

In Freilassing ist nach wie vor der Fluglärm aus Salzburg ein viel diskutiertes Thema. Horst Seehofer hat dieses in einem Interview mit unserer Zeitung im Februar zur „Chefsache“ erklärt. Auch, weil das Thema bei Dobrindt im Verkehrsministerium von der Agenda weitgehend verschwunden ist? Wie ist da der aktuelle Stand?

Ramsauer: Wenn an dem Thema zügig weitergearbeitet worden wäre, könnten wir die Durchführungsverordnung (kurz DVO, *Anm. d. Red.*) heute schon haben. Offiziell befindet man sich für den Erlass einer DVO immer noch im Konsultationsverfahren. Faktisch wurde das Thema vom Bundesverkehrsminister aber schubladiert. Wenn Seehofer es ernst meint mit seiner Ankündigung, die Angelegenheit zur Chefsache zu machen, braucht er nur seinen Verkehrsminister anzuweisen, die DVO endlich zu erlassen. So einfach ist das. Wenn ich in Salzburg starte oder lande, gibt es einige Piloten, die – wenn sie mich an Bord sehen – extra über den Süden fliegen. Für die Piloten ist das fliegerisch sogar reizvoller.

Großer Diskussionsgegenstand – nicht nur, aber auch in der Region – ist das mögliche baldige Ende der Grenzkontrollen. Was hätte eine Beendigung zum jetzigen Zeitpunkt aus Ihrer Sicht für Auswirkungen?

Ramsauer: Natürlich wäre die Aufhebung der Kontrollen für das tägliche Leben und für die Wirtschaft in unserer Grenzregion eine kolossale Erleichterung. Die Frage nach Grenzkontrollen muss sich aber nur am Sicherheitserfordernis orientieren. Und die Sicherheitsfrage kann im Moment noch nicht befriedigend beantwortet werden. Dazu müssen die Schleierfahndung, die Landes- und Bundespolizei erst die hinreichende Kapazität erhalten, um bei einem erneuten Anschwellen des Flüchtlingsstroms die Grenzkontrollen sofort wieder einsetzen zu können.

Die Bundespolizei hat derzeit noch keine Pläne für die Zeit nach dem 12. Mai. Sie wartet auf eine Entscheidung der Bundesregierung. Wie glücklich war es, dass Innenminister Thomas de Maizière angekündigt hat, dass die Kontrollen zeitnah beendet werden sollen?

Ramsauer: Diese Äußerung war wohl etwas unabgestimmt und überstürzt. Aber der Innenminister sitzt ja auch zwischen mehreren Stühlen: Auf der einen Seite muss er mit hinreichenden Kontrollen die Sicherheit gewährleisten, auf der anderen Seite entbehrliche Behinderungen im Grenzverkehr beseitigen.

Schauen wir raus aus der Region und widmen uns den aktuellen „großen Themen“ in der Politik: Die AfD liegt in Umfragen nur noch fünf Prozentpunkte hinter der SPD. In Österreich holte bei der Bundespräsidentenwahl Norbert Hofer von der ebenso rechtspopulistischen FPÖ im ersten Wahlgang die meisten Stimmen. Was bewegt derzeit so viele Menschen dazu, rechts zu wählen?

Ramsauer: Es erschreckt mich, wenn ich mir vorstelle, dass die Wahlergebnisse in Österreich möglicherweise Pate stehen für die künftige Entwicklung in Deutschland. Tatsache ist leider, dass in beiden Ländern die etablierten Volksparteien den Bereich zwischen Mitte und rechts nicht mehr hinreichend in ihrer Politik abbilden. Wenn man heute – wie ich – rechts von der Merkel-CDU steht, dann befindet man sich immer noch in der politischen Mitte. Im rechtskonservativen Spektrum ist eine Lücke entstanden, die jetzt von der FPÖ und der AfD erfolgreich besetzt wird.

„CDU sollte nicht nur in der linken Mitte fischen“

Wie sollen die etablierten Parteien damit umgehen?

Ramsauer: Die CSU als letzte wirkliche Volkspartei hat die soeben geschilderten Probleme beherrzt und deckt den rechten Flügel ab. Die CDU sollte sich daran ein Beispiel nehmen und nicht nur in der linken und grünen Mitte fischen, sondern auch wieder die Partei konservativer und liberaler Wähler im rechten Spektrum werden. Und der SPD ist dringend anzuraten, eine Antwort auf die Ängste und konservativen Befindlichkeiten in ihrer eigenen gewerkschaftsorientierten Wählerschaft zu geben.

In den USA wird mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit Donald Trump Präsidentenkandidat der Republikaner. Sollte er sich bei den Wahlen tatsächlich gegen den Kandidaten der Demokraten durchsetzen, wird das Auswirkungen auf die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den USA haben?

Ramsauer: Der Politikstil, den wir bei Trump erleben, zeigt die ganze Verlotterung der politischen Kultur in den Vereinigten Staaten. Viele traditionelle Demokraten und auch große Teile der Republikaner schämen sich für diese Entwicklung, wie ich aus persönlicher Erfahrung weiß. Gleichwohl müsste eine solche Wahlentscheidung akzeptiert werden, auch wenn sie Trump heißt. Sicherlich könnte ein solcher Wahlausgang zu einer erheblichen Rüttelstrecke auf den verschiedensten politischen Gebieten werden.

Für große Diskussionen sorgen im Moment wieder die Verhandlungen rund um das Freihandelsabkommen TTIP zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten. Bundeskanzlerin Angela Merkel und US-Präsident Barack Obama streben einen Abschluss bis Ende dieses Jahres an. Das halten Sie für nicht realistisch. Warum nicht?

Ramsauer: Das ist sogar völlig unrealistisch. Dieses Thema ist Teil meiner täglichen Arbeit als Ausschussvorsitzender: Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie ist dafür hauptzuständig im Bundestag. Deshalb kenne ich die Verhandlungsstände recht genau. Ich war erst in den vergangenen Tagen zum wiederholten Male im TTIP-Leseraum und habe mich über den aktuellen Stand informiert. Viele Themenbereiche sind substanziell noch gar nicht anverhandelt. Selbst in den sogenannten konsolidierten Texten, die bislang vorliegen, gehen die inhaltlichen, ja sogar die formalen Vorstellungen zum Teil meilenweit auseinander. Qualität muss hier vor Tempo gehen; das steht so sogar wörtlich in einem der Texte. Deswegen halte ich einen Abschluss bis zum Jahresende und damit in der Regierungszeit Obamas für ausgeschlossen.

„Wir Deutschen sind nicht der Nabel der Welt“

Solange die Verhandlungen laufen, gibt es in der Bevölkerung auch in unserer Region – massiven Widerstand gegen TTIP. Was ist aus Ihrer Sicht der richtige Weg, damit umzugehen?

Ramsauer: Bei aller Skepsis und Vorsicht in den konkreten TTIP-Fragen muss eins klar sein: Solche Freihandelsabkommen sind etwas vollkommen Normales und die EU hat Stand heute 40 solcher Abkommen und steht in weiteren 27, darunter CETA und TTIP, in Verhandlungen. Man darf nicht nur die Angst vor Chlorhühnchen, Privatisierung der Wasserversorgung und Gentechnik sehen. Solche Fragen müssen natürlich mit Zähigkeit zu europäischen Gunsten ausverhandelt werden. Man muss vielmehr auch die positiven Aspekte sehen: Dass wir, wo europäische Standards über den amerikanischen liegen, die amerikanischen den unseren angleichen. Und natürlich auch umgekehrt. Diese hohen Niveaus können dann auch Standards im gesamten Welthandel werden. Wenn wir ein Freihandelsabkommen wie TTIP nicht abschließen, zieht die Karawane der Weltwirtschaft ohne uns weiter. Wir Deutschen mit einem Prozent der Weltbevölkerung sind nicht der Nabel der Welt.

Wagen wir einen Blick in die Zukunft: Sie haben angekündigt, 2017 auf jeden Fall noch einmal für den Bundestag kandidieren zu wollen. Sie sind mittlerweile 62 Jahre alt. Ein Alter, in dem einige Menschen anfangen, sich Gedanken zu machen, wie sie ihren verdienten Ruhestand gestalten sollen. Spielen solche Gedanken bei Ihnen auch schon eine Rolle?

Ramsauer: Null! Und jeder Mensch in meinem Alter weiß, dass man sich noch unglaublich jugendlich und voller Tatendrang fühlt.

Versuchen Sie trotzdem, heute mehr Zeit mit Ihrer Familie zu verbringen als früher?

Ramsauer: Auf die Familienorientierung habe ich in all den Jahren der Berufspolitik immer sehr geachtet. Da hat es nie einen Fadenriss gegeben, und den wird es auch nie geben. Wichtig ist, dass man immer versucht, das Familienleben so gut es geht in die politische Arbeit einzubeziehen. Und heute ist meine Frau mehr denn je mit mir unterwegs, weil unsere Kinder erwachsen sind und sich jetzt selbst versorgen.

Hand aufs Herz: Am Ende der Legislaturperiode 2017 bis 2021 sind Sie 67 Jahre alt. Ist da dann Schluss mit der großen Politik?

Ramsauer: 2021 ist noch weit weg ...

Herr Ramsauer, vielen Dank für das Gespräch.

Das Gespräch führte Curd Wunderlich.